

Sorgen, aber ungebrochene Solidarität

BAWÜ-CHECK Ins Land strömen vor allem aus der Ukraine mehr Geflüchtete als je zuvor – Bevölkerung ist weiterhin hilfsbereit

Von unserer Korrespondentin
Ulrike Bäuerlein

Man nehme die Einwohnerzahl von Tuttlingen – rund 36 600 – und lege rund 2000 oben drauf. Was dabei herauskommt? Die Zahl an Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine, die Stand 12. Dezember in Kitas und Schulen in Baden-Württemberg unterrichtet und betreut werden. Eine Menge von der Einwohnerzahl einer großen Kreisstadt, fast 12 000 Kinder unter sechs Jahren und dazu knapp 28 000 Kinder und Jugendliche an Schulen.

Lehrkräfte fehlen Noch vor Jahresfrist waren diese Kinder und Jugendlichen in keinem Bedarfs- und Stellenplan vorgesehen. Jetzt müssen sie im Alltagsbetrieb mitorganisiert werden, ohne dass mehr Lehr-

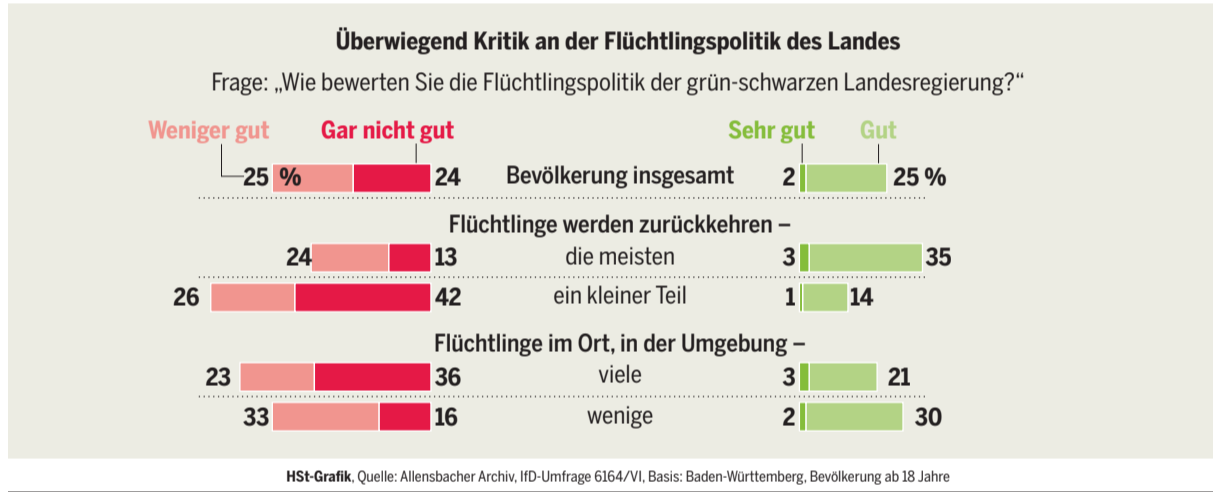
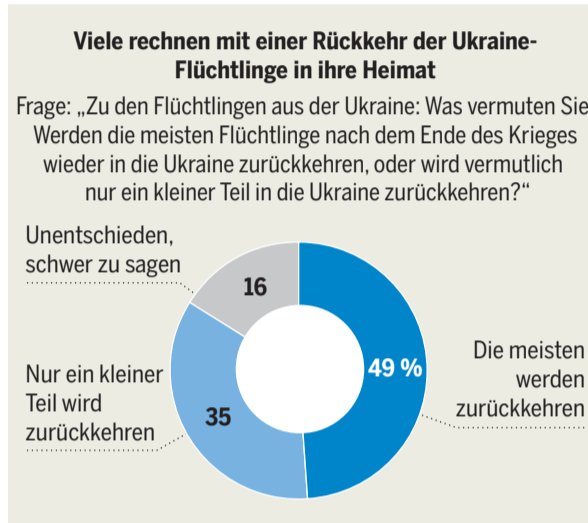
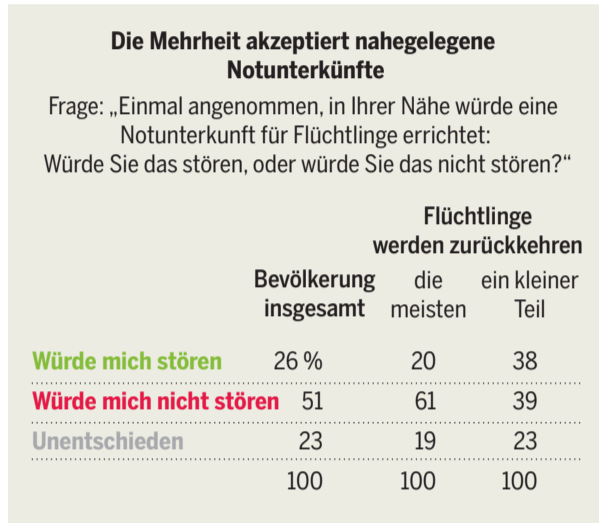
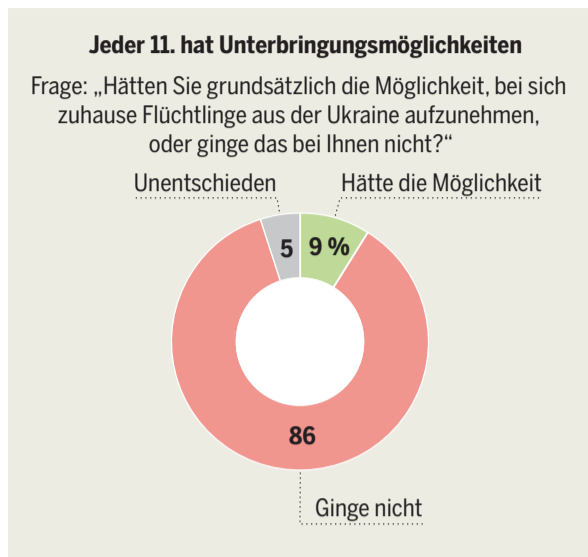
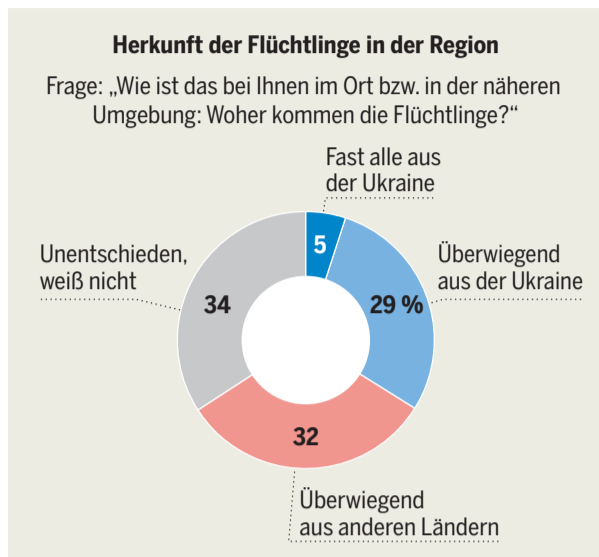


BaWü-Check

oder Erziehungskräfte da wären. Dies in einem Bildungssystem, das nach Corona auch ohne die Flüchtlingskinder schon an der Grenze zur Überlastung oder darüber hinaus war. Den Menschen in Baden-Württemberg bereitet die Sorge vor der Überlastung des Bildungssystems im Rahmen der Flüchtlingssituation auch mit die größten Sorgen. Dies geht aus den Ergebnissen des neuesten BaWü-Checks hervor, der Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen mit dem Institut für Demoskopie Allensbach. Thema der repräsentativen Umfrage: das Meinungsklima im Land rund um Flüchtlinge. Fast die Hälfte der Menschen (48 Prozent) hält demnach die Schulen durch den Zustrom der ukrainischen Kinder für „völlig überfordert“, weitere 42 Prozent gehen davon aus, dass die Einrichtungen dies nur mit großen Schwierigkeiten bewältigen können. Nur sechs Prozent glauben, dass die Integration der Kinder problemlos bewältigt werden kann.

Viel Verständnis für Flüchtlingssituation

Alle Angaben in Prozent



HST-Infografik, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/VI, Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

AKW-Gegner ziehen wegen GKN vor Gericht

MANNHEIM Vier Monate vor dem endgültigen Aus für das Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 wollen Atomkraftgegner vor Gericht eine sofortige Stilllegung des Blocks erreichen. Vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim lieferten sich Experten des beklagten Umweltministeriums und der Kläger am Mittwoch einen Schlagabtausch um Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke und deren Einhaltung mit Schwerpunkt Neckarwestheim. Der Beschluss der Richter, die das Feld weitgehend den Gutachtern beider Seiten überließen, soll Anfang kommender Woche veröffentlicht werden.

Einer der beiden Kläger, der 15 Kilometer von Neckarwestheim entfernt wohnt, gab vor Ort an, auch angesichts der bevorstehenden offiziellen Abschaltung nicht klein beigeben zu wollen. „Jeden Tag kann die Katastrophe passieren.“ Vor dem Mannheimer Gericht protestierten einige Aktivisten mit Fahnen gegen den weiteren Betrieb des „Schrottreaktors“. Nach Meinung der Anti-AKW-Organisation „ausgestrahlt“ läuft Block 2 seit 2018 im Dauer-Störfallbetrieb. Damals seien Haarrisse an den Heizrohren entdeckt worden.

Die Vertreter des beklagten Umweltministeriums als Atomaufsichtsbehörde sehen hingegen keinen Grund, der ein vorzeitiges Abschalten rechtfertigen würde. *dpa*

Kurz notiert

Stromausfall geklärt

LUDWIGSBURG In Ludwigsburg ist zwei Mal kurz hintereinander der Strom ausgefallen. Nach Auskunft eines Polizeisprechers vom Mittwoch begann der erste Stromausfall am Dienstag gegen 17.30 Uhr und dauerte etwas mehr als zwei Stunden. Die Ursache war nach Auskunft der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH ein Erdschluss im Netzgebiet, der zu dem Kurzschluss wurde und zur automatischen Abschaltung des fehlerhaften Stromkreises führte. Rund 5000 Bürger im Stadtteil Oßweil und in manchen Straßen von Hoheneck waren betroffen. Der zweite Stromausfall, ebenfalls in Oßweil, folgte am frühen Mittwochmorgen und dauerte rund eine Stunde. Der Grund war auch hier ein Erdschluss. *dpa*

Dennoch ist mit 73 Prozent Zustimmung eine sattsame Mehrheit dafür, weiter Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Ein Drittel der Baden-Württemberger wäre sogar bereit, Flüchtlinge bei sich zu Hause für einen vorübergehenden Zeitraum aufzunehmen. Eine Aussage, deren Gehalt sich dem Realitätscheck erst noch stellen müsste.

Kein Ende der GDL-Streiks abzusehen

REGION/STUTT GART Die Streiks der Lokführergewerkschaft GDL sorgen weiter für massive Störungen auf der Frankenbahn. Bewegung im Tarifstreit ist nicht abzusehen.

Fahrgäste stranden nachts in Stuttgart, weil nach dem Konzert kein Zug mehr nach Heilbronn fährt. Pendler stehen frierend am Bahnsteig und hoffen, dass die Bahn kommt. Solche Berichte häufen sich, seit der Tarifkonflikt zwischen der Lokführergewerkschaft

und der Südwestdeutschen Landesverkehrs-GmbH (SWEG) eskaliert ist. Betroffen ist insbesondere die Konzerntochter SWEG Bahn Stuttgart GmbH. Sie fährt zwischen Tübingen, Stuttgart, Heilbronn, Osterburken und Mannheim Regionalbahnen, die seit Kurzem Metropol-express 12 und 18 heißen.

Die Arbeitsniederlegungen werden meist kurzfristig angekündigt, am Mittwoch waren sie unterbrochen. Hintergrund des Konflikts ist,

dass die GDL Tarifverhandlungen für den Gesamtkonzern führen will, nicht nur für die Tochter. Das lehnt die SWEG strikt ab.

Das Unternehmen, das mehrheitlich dem Land gehört, hat angekündigt, sich von der Frankenbahn wieder zurückzuziehen. Die SWEG hatte Linien der insolventen Abellio übernommen, will sich nun aber anders als früher geplant nicht an Ausschreibungen für Leistungen über 2023 hinaus bewerben. *ah*

Vorwürfe gegen Internatsleiter

BAD MERGENTHEIM Der Rektor eines katholischen Internats in Bad Mergentheim bekennt sich laut einem Bericht des „Hohenloher Tagblatts“ zum rechtsextremen AfD-Flügel um Björn Höcke. Das „Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber“ fordert die sofortige Absetzung des Leiters.

Laut dem Bericht hat der langjährige Rektor bei einer AfD-Veranstaltung in der Asmundhalle in Assamstadt den Thüringer Fraktionsvorsitzenden ein Buch signieren lassen

und Höcke ein „Weiter so“ zugerufen. Die für das Internat zuständige Diözese Rottenburg-Stuttgart erklärte, man nehme die Vorwürfe ernst. Der Bischof sei persönlich mit dem Fall befasst. In dieser Woche soll ein Personalgespräch mit dem Rektor stattfinden. Für die Diözese sei das Agieren, „das vom Schüren von Fremdenfeindlichkeit, von Ängsten gegen Überfremdung, von Ausgrenzung anderer“ lebe, „nicht akzeptabel“, hieß es. *red*

Studierendenwerke im Südwesten erhöhen Mieten

Preise werden zum neuen Semester deutlich angehoben – In manchen Fällen gilt es nur für Neuverträge

STUTT GART/MANNHEIM Keine leichten Zeiten für Studierende: Nach der Corona-Pandemie sind Energiepreise und Inflation gekommen, nun werden die Wohnheimplätze im Südwesten teurer. Viele Studierendenwerke erhöhen zum Jahreswechsel die Zimmermieten, wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur ergab.

„Wir kommen nicht umhin, die Nebenkosten, die in unseren Mieten enthalten sind, zum 1. Januar 2023 anzupassen“, hieß es beispielsweise vom Studierendenwerk Stuttgart. Durchschnittlich 13 Prozent betragen die Erhöhungen bei Neuverträgen, Bestandsmieter bleiben verschont. Ähnlich ist die Situation in Mannheim. Die Mieten in neuen Verträgen werden seit diesem Wintersemester um fünf bis zehn Prozent angehoben. Nach Angaben des Studierendenwerks ziehen je Se-

mester etwa 800 Menschen neu in die dortigen Wohnheime.

In anderen Städten wie Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe erreichen die Mieterhöhungen dagegen alle Studierenden. Sie bewegen sich im Schnitt bei knapp zehn Prozent. Eine Mieterhöhung für alle laufenden Verträge „gab es so in der Form noch nie“, heißt es aus Karlsruhe. Bisher habe es nur für neue Verträge kleinere Erhöhungen um fünf bis zehn Euro gegeben. In den vergangenen fünf Jahren sei der durchschnittliche Mietpreis gerade einmal um zehn Euro gestiegen.

Tausende Betroffene In Freiburg treffen die Mieterhöhungen fast 6000 Studierende. Sie müssen ab dem neuen Jahr 25 Euro mehr zahlen. Der Grund: Im Vergleich zu 2021 verdoppelten sich im kommenden Jahr die Strom- und Heizkosten

für einen Wohnplatz. Doch nicht nur das, sondern auch allgemeine Preiserhöhungen für Dienstleistungen, Waren oder Pachtzahlungen setzen den Studierendenwerken zu.

In Heidelberg sind es 25 bis 40 Prozent höhere Energiekosten für das Jahr 2023. Daher sehe sich das Studierendenwerk mittlerweile gezwungen, seine Mieten ebenfalls zu

erhöhen, sagte ein Sprecher. Die Höhe der neuen Miete sei noch im Gespräch, der Start der Erhöhungen aber für das Frühjahr geplant.

Ausnahme Tübingen Gegen den Mainstream schwimmt Tübingen: „Wir haben uns bewusst gegen eine Mieterhöhung entschieden“, sagte ein Sprecher des dortigen Studierendenwerks. Man beobachte die Lage jedoch weiter.

Von den Studenten verzeichneten die Studierendenwerke keine Reaktionen. Das könne daran liegen, dass die Mieten für Wohnheimplätze trotz der Erhöhungen viel günstiger seien als auf dem restlichen Markt. Darüber hinaus müssten Studierende in Wohnheimen keine Angst vor Nachzahlungen haben, wie die dpa-Umfrage ergab. In der Regel sind mit ihrer Warmmiete alle Kosten abgedeckt. *dpa*



Blick auf ein Studentenwohnheim in Stuttgart. Hier werden die Mieten durchschnittlich um 13 Prozent steigen. Foto: dpa

Landtag gedenkt der Opfer

STUTT GART/ILLERKIRCHBERG Der Landtag hat in einer Schweigeminute der Opfer der Attacke in Illerkirchberg gedacht. „Wir sind erschüttert“, sagte Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) am Mittwoch zu Beginn der Plenarsitzung in Stuttgart. Ein Mann aus Ertrea soll am 5. Dezember zwei Mädchen auf dem Weg zur Schule in Illerkirchberg angegriffen und so schwer verletzt haben, dass eine 14-Jährige starb. Das zweite Mädchen, 13 Jahre alt, wurde vermutlich mit einem Messer schwer verletzt. *dpa*

Anklage zugelassen

STUTT GART Das Stuttgarter Landgericht hat die Anklage gegen den suspendierten baden-württembergischen Polizeinspekteur wegen sexueller Nötigung zugelassen. Damit wird dem Mann der Prozess gemacht. Der höchstrangige Polizist des Landes bestreitet die Vorwürfe. Den Ermittlungen zufolge soll er vor einem Jahr in Stuttgart eine Polizeibeamtin sexuell belästigt haben – im Gegenzug für Karrierevorteile. *dpa*